

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

92. Jahrgang.

Mittwoch, den 11. Dezember

1918.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Preis vierteljährlich vier mit Tragelohn RM. 2.10, im Bezirks- und 10-Km-Bezirk RM. 2.10, im übrigen Württemberg RM. 2.20 Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum bei einmal. Einrückung 12 Pf. bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.

Verantwortl. Red. Hofschlecker 6113 Stuttgart.

29

Warum verlangen wir die Nationalversammlung?

Die Massen des deutschen Volkes, die überwiegende Mehrheit der heimkehrenden Soldaten, die gesamte Frontarmee bringt, indem sie sich rücksichtslos auf den Boden der Demokratie stellt, auf die sofortige Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung. Die Gründe sind folgende:

1. Das Volk ist souverän, selbstherrlich geworden. Vor dem Umsturz lag die Souveränität bei den Monarchen. Heute ist das Volk tatsächlich der Inhaber und Träger der gesamten Staatsgewalt. Das Volk sagt uns, das Gesamtvolk, alle deutschen Stämme und Stände, alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, nicht ein Stand, nicht eine Klasse, nicht eine Rasse. Darum kann eine Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte, kann ein Zentralrat derselben nie und nimmer die Vertretung des deutschen Volkes sein. Das Volk ist souverän, und das souveräne Volk verlangt unter Protest gegen jede Vergewaltigung seitens einer Minderheit die sofortige Ausübung seiner souveränen Machtvollkommenheit.

2. Die jetzige sogenannte Reichsregierung ist keine Reichsregierung, sondern ein Organ des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates, weiter nichts! Sie nennen sich Volksbeauftragte, Bevollmächtigte der sozialdemokratischen Parteigruppen. Infolgedessen haben wir gegenwärtig keine Volksregierung an der Spitze des deutschen Volkes, sondern eine einseitige Parteidiktatur, die sich nicht fügt auf den Willen des Gesamtvolkes, sondern auf die Wünsche der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte.

3. Wir verlangen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung, weil unsere ganze gegenwärtige Rechtsprechung in der Luft hängt. Vor der Revolution wurde im Namen des Königs Recht gesprochen, und heute? Gegenwärtig haben Tausende und Abertausende auf die 9. Kriegsteile geschwenkt. Wenn sie nicht zahlen würden, was dann? Dann könnte, wie Edward Hellstrom in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, früher „Nordd. Allg. Zeitung“, Nr. 593 vom 21. November, der für die gegenwärtige Regierung unbrüchig Einwand gemacht werden, daß ihr die für die Vertretung des an sich unverändert gebliebenen Reichsstaats erforderliche Legitimation fehlt, und es könnte dann der Fall eintreten, daß in einem Zivilprozeß über die staatsrechtliche Grundfrage ob die heutige Reichsregierung zur Vertretung des Deutschen Reichs überhaupt berufen ist, entschieden werden muß. Es ist daher unvermeidlich, durch die Nationalversammlung eine unanfechtbare Rechtsgrundlage zu schaffen, und zwar so schnell, wie dies mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der völlig veränderten Wahltechnik möglich ist. Wie die Rechtsprechung, so hängt das Reichsfinanzwesen in der Luft.

4. Ohne die Nationalversammlung droht der völlige Verfall der Armee. Sowohl die preussische wie die bayerische Armee ist auf den Monarchen verlehnt. Der König von Preußen, wie der von Bayern sind heute Privatleute, der eine in Holland, der andere auf einem seiner Landgüter in Südbayern. Die Folge der Revolution ist die, daß heute die Armee auf niemanden verpflichtet ist. Hier aber muß bald und gründlich Ordnung geschaffen werden, damit der Zusammenhalt und Bestand des Heeres gesichert ist. Leider hat sich die gegenwärtige Parteiregierung in Berlin bisher nicht entschließen können, den Vorschlägen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu entsprechen, und das Heer auf die gesetzgebende Nationalversammlung zu vereidigen. Wäre dies geschehen, dann wäre der Zusammenhalt der Nationalversammlung gewährleistet und die überaus bedenkliche Lücke in der Verpflichtung unserer Truppen aufs beste ausgefüllt. Daß dem heute nicht so ist, muß aufs tiefste bedauert werden.

5. Ohne die Nationalversammlung kein Friede. Darüber hat sowohl Wilson wie die englische und die französische Regierung keinen Zweifel gelassen. In der Tat können unsere Feinde nur mit einer solchen Regierung im Deutschen Reich Frieden schließen, die auch dafür garantiert, daß das gesamte deutsche Volk hinter ihr steht und gewillt ist, die Friedensbedingungen zu erfüllen und den schweren Friedensverpflichtungen nachzukommen. Im Interesse eines baldigen Friedens, sowohl des Völkervertrages wie des endgültigen Friedens, ist darum die sofortige Einberufung der gesetzgebenden Nationalversammlung dringend erforderlich.

6. Ohne Nationalversammlung kein Brot. Darüber hat Wilson wiederum keinen Zweifel gelassen, daß



die Deutschen nur dann mit den dringend erforderlichen Lebensmitteln versorgt werden, wenn im Innern des Reiches Ruhe und Ordnung herrscht und eine ordentliche Verteilung der Lebensmittel verbürgt wird. Nun ist die Reichsregierung heute in der außerordentlich prekären Lage, feststellen zu müssen, daß durch Soldaten- und Arbeiterräte in willkürlicher Weise Lebensmittel veräußert wurden. Wird unter solchen Umständen Wilson uns Brot geben? Voraussetzung unserer Versorgung ist eine auf dem Willen des Gesamtvolkes ruhende Reichsregierung, die sowohl den Frieden nach außen wie Ruhe, Ordnung und ordentliche Verteilung im Innern verbürgt. Darum muß im Interesse der Befreiung der gegenwärtigen Hungerkur und der Versorgung des deutschen Volkes mit Mehl, Fleisch und Fett die ungehobene Einberufung der Nationalversammlung verlangt werden.

7. Ohne Nationalversammlung kein Wiederaufbau des Wirtschaftslebens. Kommt sie nicht bald zustande, dann läßt sich das deutsche Wirtschaftsleben weder in seiner kapitalistischen Form noch in seiner sozialistischen wieder errichten. Mit Recht schrieb deshalb Scheidemann im „Vorwärts“: „Kein wirtschaftliches und politisches Gedeihen ohne Nationalversammlung.“ Zutreffend urteilte auch Dr. A. Hofrichter im Berliner „Vorwärts“ (Nr. 319 vom 10. November 1918) als er feststellte, daß der Übergang aus dem kapitalistischen Gegenwartsstaat in den sozialistischen Zukunftsstaat von der überaussten Mitarbeit der ungeheuren Mehrheit des Volkes“ abhängt und „einen gewissen Reichtum an Produktionsmitteln und Rohstoffen“ voraussetzt. Haben wir am Schluß des Weltkrieges einen Reichtum an Produktionsmitteln? Haben wir etwa einen Reichtum an Rohstoffen? Nur die Wahlen zur Nationalversammlung, die nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrecht erfolgen, können dafür für welches Wirtschaftssystem die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes eintritt. Will infolgedessen das schwere Problem des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft nur von der gesetzgebenden Nationalversammlung gelöst werden kann, müssen die Wahlen zur gesetzgebenden Nationalversammlung umgehend ausgeschrieben werden.

Das sind die Gründe die heute von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes für die verfassunggebende Nationalversammlung ins Feld geführt werden. Das Volk ist souverän, und das souveräne Volk verlangt, daß man seinen Willen respektiert. Wer sich ihm entgegenstellt, wer seinen Willen nicht beachtet, wer gegen seinen Willen regiert, der läßt eine ungeheure Schuld auf seine Schultern und wird die Folgen zu tragen haben.

Lagedeuerigkeiten.

Ein neuer Protest.

Berlin, 9. Dez. W.B. Amtlich. Die deutsche Regierung hat den gegenwärtigen Regierungen auf diplomatischem Wege folgende Note übersandt:

Marshall Foch hat am 6. Dezember der Waffenstillstandskommission eine Entscheidung zugehen lassen, wodurch

der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr der gedumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit dem übrigen Teil Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist.

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den schärfsten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unlösbarem Widerspruch steht.

Die angekündigte und teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der bisherigen Blockade eine Ausdehnung auf Sperremaßnahmen zu Lande, die mit dem Wesen der Blockade im Widerspruch stehen und allen Bändern seit den Zeiten der englischen Kontinentalsperre gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch sinngemäß im Abschnitt Clause IV und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verstärkung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Kinder- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den gedumten Gebieten umso mehr angewiesen, als das deutsche Volk eine Versorgung mit Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Vorabestimmungen des Waffenstillstands in Aussicht gestellt worden ist, überhaupt noch nicht erhalten hat.

Die Entscheidung verstößt weiter gegen die Vorschrift des letzten Absatzes des Artikels 6 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen oder staatlichen Maßnahmen ergriffen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten. Durch die verhängte Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Die Produktionsunmöglichkeit aber zwingt wiederum zur Verringerung des Personals. Die Arbeitslosigkeit und neues Elend in den wirtschaftlich bedrückten urdeutschen Gebieten ist die unabwendbare Folge.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstands dahin zu regeln, daß unbeschadet des Ausschließrechts der Alliierten vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den gedumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet wird.

(Orig.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Aus dem besetzten Gebiet.

Köln, 9. Dez. Die „Köln. Volkszeitung“ meldet aus Basel: Seit 8. Dezember ist im Eisack selbst der seit 10. Nov. ruhende Postverkehr wieder aufgenommen worden. Der Postdienst mit der Schweiz und mit dem benachbarten Baden ist immer noch unterbrochen. Mit dem 9. Dezember ging auch die Hölzerverwaltung in Elsfeld-Lothringen in die Hände französischer Beamten über.

Die „Köln. Volkszeitung“ meldet aus Saarbrücken: Die französische Militärverwaltung hat über die hiesigen Zeitungen die Zensur verhängt. Die „Saarbrücker Neuesten Nachrichten“, Industrieorgan, sind vom französischen Oberkommando für eine Woche verboten worden. Zu einem Ausstand wegen Nichtdurchführung des Achtfundtags und Befreiung der bisherigen Zulagen ist es auch im Lothringener Bergrevier in den letzten Tagen nicht gekommen. Der französische Kommissar für die Saargruben vertritt auf dem Standpunkt, daß im besetzten Gebiet vor allem die Kohlenförderung gesteigert werden müsse. Wenn die französischen Bergleute 11 Stunden arbeiteten (9 Stunden normale Arbeitszeit mit Ein- und Ausfahren), so könne er den Saarbergleuten nicht erlauben, nur 8 Stunden zu arbeiten. Unter dem Eindruck, daß Widerstand vergebens sei, ist man allenthalben wieder eingeschüchelt. Auf einzelnen Gruben verlangen jedoch die Bergarbeiter nach 8 (statt bisher 8 1/2) stündiger Schicht unter Bedrohungen die Ausfahrt. Die Bergwerksdirektion gab die Zusage, daß die achtstündige Arbeit wieder eingeführt werde, sobald der freie Zustand wieder hergestellt sei.

„Eine Schwach und eine Schande“.

Braunsberg 9. Dez. W.B. Der A., S. und B.-Rat Braunsberg teilt mit: Der versammelte A., S. und B.-Rat des Kreises Braunsberg kennzeichnet hiermit



Öffentlich den in der Presse verbreiteten Antrag des Leipziger A- und S-Rates Hindenburg zu verschaffen und auf Soldatenkasson zu legen" als eine Schmach und eine Schande und spricht einem solchen A- und S-Rat die Berechtigung ab, sich als Vertreter des Volkes zu bezeichnen. Wir erheben flammenden Protest gegen den Beschluß des A- und S-Rates Leipzig.

Poincare in Metz.

Genf, 9. Dez. Havas meldet aus Metz: Poincare, Dubois, Deschanel und Clemenceau sind um 9 Uhr angekommen. Sie wurden von den verdächtigsten Generälen und Vertretern der Gemeindebehörde empfangen. Marschall Foch entbot im Namen der Generale den Willkommengruß. Poincare antwortete u. a.: Der Empfang beweist allen Alliierten, daß Frankreich die Wahrheit sagte, mit der Behauptung, Elb-Lothringen habe sich nicht verändert. Alle würden heute die beste Uebergangung mit sich nehmen, daß das Befreiungswerk von der Gerechtigkeit befohlen worden sei und vom menschlichen Gewissen seine Bestätigung erhalten werde. Vom Bahnhof aus begaben sich die Gäste auf die Eplanade. Die Wagen waren mit Blumen geschmückt. Nach der Parade überreichte Poincare Petain dem Marschallstab. Auf dem Rathhause wurde Poincare vom neuen Bürgermeister Priotel empfangen, auf dessen Ansprache der französische Präsident antwortete. Poincare übergab hierauf dem Bürgermeister die im Jahre 1870 vor den Deutschen gereichte Schlüssel der Stadt. Alsdann fand auf der Eplanade ein Vorbrümarisch der Vereine statt, worauf sich Poincare nach einem Besuche der Kathedrale an das Stad des Monsignore Dupont des Loges begab, dort einen Blumenstrauß niederlegte und in einer Ansprache dem lothringischen Klerus für seine Verdienste zur Erhaltung der französischen Denkweise in Elb-Lothringen dankte. Schließlich besuchte Poincare das Denkmal für die 1870 in Metz gefallenen Soldaten auf dem Chambiére-Friedhof. Von Metz begab sich Poincare nach Straßburg.

Herzzerreißend.

Das „Berliner Angebot" schreibt: Die Nachrichten, die zum Teil aus authentischen Quellen aus dem besetzten deutschen Gebiete zu uns gelangen sind herzzerreißend. Nachdem die Welt vier Jahre lang mit zum Teil erschundenen deutschen Greueln gegen die Barbaren aufgebracht wurde, scheuen sich gewisse Träger der Zivilisation nicht, in friedlichen Gebieten, die ihnen die Wissenschaften Bedingungen zur vorübergehenden Besetzung ausliefern, Ausschreitungen zu begehen, die härter und gewalttätiger sind, als man je den deutschen Truppen während des Krieges vorwerfen konnte. All dies geschieht nach Beendigung des Krieges bei Beginn der Friedensverhandlungen, nicht etwa im Rausche der Kriegswut, am Beginn des Feldzuges, sondern im Frieden. Man erstarrt, wenn man von solchen unerhörten Grausamkeiten liest, und fragt man sich, wie dieselben, die jahrelang mit ihrer Propaganda vom deutschen Groll häuften gingen, nach diesen Untaten vor der Kulturwelt noch bestehen wollen.

Zu einer Proklamation des Kommissars Mirmant in Metz, die gegen im Elb-Lothringen zurückgebliebene deutsche Bevölkerung harte Maßnahmen trifft, schreibt „Populaire": Mirmant sei nicht der richtige Mann am Platze, der notwendige Takt und die richtige Mäßigung haben ihm leider gefehlt. Der Ton der gehässigen Polonik gegenüber dem besetzten und entwaffneten Feinde, wäre vielleicht für einen Angestellten des „Kalin", nicht aber für einen Regierungskommissar am Platze.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

(Nachdruck verboten.)
— Denken Sie nicht, ich bedröhtele vielleicht Aufrüden weil ich die Götter des Lord Southbriffe bin und unbedingt einen Gemahl aus dem Dornbusch erlangen müßte! Ich bin von falschen Vorurteilen nicht angetrunkelt und habe keinen Dürerungsgrund, den bürgerlichen Offizier Longford zu heiraten, um so weniger, als es Mittel und Wege gäbe, dem Hürner zur Lockschicht zu verhelfen.
Um aber nun zu Ihrer Persönlichkeit zu kommen, so möchte ich doch dem Bedenken Raum geben, daß Sie sich wohl nicht hinreichend geprüft haben. Sie haben vergessen, daß Sie ein Jahr lang ein Leben wie ein Manuwerk führten und nun plötzlich wieder unter gestützte Mentiden kamen. Ist es da nicht geradezu selbstverständlich, daß die erste Dame, die Ihnen begegnet, sie mag nun schön oder häßlich, geistreich oder kaumwinnig sein, auf Sie einen unauflöschlichen Eindruck macht? Sie sind des Weibes entwöhnt, verkehrter Ritter Longford, und verleben sich daher wie ein Schwallung ins erste weibliche Geschöpf, das Ihnen in den Weg läuft.
Verzeihen Sie die harten Worte. Aber ich pflege aufrichtig meine Meinung zu sagen. Ich kann mich der Überzeugung nicht erwehren, daß Sie sich und — mich nicht genügend geprüft haben. Wären Sie selbst einmal ehrlich mit sich ins Gericht! Glauben Sie nicht, daß Sie genau dasselbe für eine unbekanntes Miss Miller empfunden hätten, wenn Ihnen diese statt der Lady Southbriffe als erste Dame aus Allenslands Boden entgegengetreten wäre?
Ich habe Ihre Zuneigung zu mir gewiß nicht ungenüß bemerkt, war aber der Ansicht, daß auch Sie sich darüber im Klaren seien, ein aus zufälliger Begegnung entstehender Blick könne und dürfe nicht ernst genommen werden.
Die Bände des jungen Offiziers hatten sich während des Lebens merklich ausgebeilt; beim folgenden begann sich aber seine Miene zu umdüstern.
— Und nun zum Schluß etwas sehr Ernstes:

Das Auftreten französischer Behörden.

Köln, 10. Dez. Wie die französische Behörde in Straßburg auftritt, beweist folgender, von der Köln. Ztg. mitgeteilter Vorfall: Ein elbischer Arbeitervertreter betonte dort der Behörde gegenüber die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, wegen Eruerung der Lebensverhältnisse. Als Antwort darauf erfolgte eine Lohnerabsetzung, die nach dem Zeugnis eines sozialdemokratischen Blattes in einigen großen Betrieben bereits 40 vom Hundert erreichte. Als man darauf schließlich die Möglichkeit eines Streiks ansah, wurde erwidert, daß der erste Streikende sofort erschossen würde.

Prinz Friedrich Leopold von Preußen.

Berlin, 9. Dez. Die „Deutsche Tageszeitung" meldet: Die einzige rote Fahne in Potsdam und Neu-Babelsdorf weht auf dem Schlosse des Generals Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in Klein-Sienke. In Neu-Babelsdorf liegt gegenwärtig das Garde-Krafftler-Regiment in Quartier, das auf den Einzug in Berlin wartet. Am 7. Dez. mittags begab sich (in Offizier des Regiments mit mehreren Unteroffizieren u. Mannschaften zum Prinzen, ließ ihn rufen u. bat ihn, neben der Bekundung seiner persönlichen politischen Ueberzeugung durch die rote Fahne auch den Gefühlen der heimkehrenden Kampfcampfen durch Hissen der Fahne schwarz-weiß-rot Rechnung zu tragen. Nach längerem Verhandlungen und Bestragen der Prinzeßin erklärte sich der Prinz dazu bereit, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Rommes seine Erlaubnis gebe. Mit diesem wurde telephonisch schnell ein Einverständnis erzielt und bald wehte eine der Schwadronenfahnen — der Prinz erklärte, keine deutsche Fahne zu besitzen — auf dem Mittelbalkon des Schlosses, von dem herbeigezogenen Publikum mit Hochrufen begrüßt.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 11. Dezember 1918.

Kriegsverluste.

Die württ. Verlustliste Nr. 726 verzeichnet: Wolf, Gustav, 26. 1. 97, Dorsfelten, verm. Hübner, Gottlieb, 31. 10. 98, Söllingen, in Gefangenschaft. Wolf, Friedrich, 22. 8. 98, Oberjettingen, in Gefangenschaft. Herter, Georg, 6. 1. 97, Egenhausen, verm. Gall, Johannes, 8. 6. 98, Spielberg, l. verm. Weiss, Thomas, 8. 8. 91, Vollmarlingen, bisher schwer verm. (B. P. 676), gestorben.

Die württ. Verlustliste Nr. 727 verzeichnet: Benz, Ernst, 25. 12. 97, Magold, l. verm. Reuß, Bernhard, 6. 11. 99, Emmingen, verm. Kauer, Hermann, 8. 1. 97, Hardorf, gefallen. Eppler, Friedrich, 11. 1. 97, Altsiedel Stadt, gefallen. Reuß, Bruno, 26. 2. 98, Vollmarlingen, in Gefangenschaft. Wolf, Wilhelm, 13. 9. 97, Pirndorf, l. verm. Großmann, Friedrich, 8. 1. 98, Kottseiden, Schw. verm. Reuß, Otto, 25. 3. 98, Emmingen, gefallen. Reichert, Eugen, 2. 12. 99, Unterjettingen, l. verm. Dalgmann, Albert, 27. 3. 91, Hardorf, infolge Krankh. gestorben. Adam, Gottlieb, Egelw., 11. 1. 91, Koffenan, bisher verm. (B. P. 718), in Gefangenschaft. Brenner, Karl, 23. 11. 91, Egenhausen, Schw. verm. Raabe, Paul, 15. 9. 98, Magold, l. verm. Müller, Hermann, San. Mittl. 6. 3. 95, Magold, gefallen.

Die Postsperrre nach der Rheinpfalz ist nunmehr wieder vollständig aufgehoben worden.

Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung. Der Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Berufe, die vom deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband und dem kaufmännischen Verein von 1859 gegründet wurde, trat der Verband der Versicherungsbeamten in München bei. Die Betriebsgemeinschaft umfaßt mehr als ein Dutzend Mitgl.

Mitglieder und errichtet Geschäftsstellen in mehr als 70 größeren Plätzen.

Verdienstausfall bei Verkürzung der Arbeitszeit. Nach einer Verfügung des Arbeitsministeriums erhalten 1) die Arbeitnehmer, die infolge behördlicher Verkürzung der Arbeitszeit während der Uebergangszeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreichen, eine Entschädigung des Verdienstausfalls (Erwerbslosensfürsorge), gemäß den Vorschriften der gegenwärtigen Verfügung. 2. Auch die Arbeitszeit auf weniger Wochenstunden beschränkt werden, als regelmäßig vor dem 15. November 1918 üblich waren, so hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei Lohn- und Akkordarbeit den Betrag ausbezahlen, der dem Verdienste in den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, mindestens aber 90 v. H. des regelmäßigen Arbeitsverdienstes, den der Arbeitnehmer vor dem 15. November 1918 erreicht hat, gleichkommt. Betrag der regelmäßige sechsstündige Arbeitverdienst 65 M in der Woche oder weniger, so ist dem Arbeitnehmer der ganze frühere Arbeitsverdienst unverkürzt ausbezahlen; beträgt er mehr als 65 M, jedoch weniger als 72 M und 20 M, so ist dem Arbeitnehmer der Betrag von 65 M zu bezahlen. 3. Weigert sich ein Arbeitnehmer, während der ganzen, behördlich allgemeinen oder im Einzelfall zugelassenen Zahl von Wochenstunden zu arbeiten, so hat er nur Anspruch auf Entlohnung für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw. Am Sonntag Mittag fand hier in der Brauerei Dreiß eine Versammlung Württ. Verkehrsbeamten statt, die sehr gut besucht war. Als erster Redner sprach Herr Postsekretär Koppndörfer von Stuttgart über die großen Umwälzungen, die die Revolution im Staatsleben hervorgerufen hat und über ihre Beziehungen zu den Verkehrsbeamten. Vor allem betonte er die Notwendigkeit einer beruflichen Organisation, da die Beamten in Zukunft ihre Wünsche gegenüber der Regierung nur auf diesem Wege zum Ausdruck bringen können. Herr Zugmeister Grieb, ebenfalls ein Stuttgarter, der als zweiter Redner mehr den Innenbau der Beamtenorgane behandelte, forderte u. a. freie Arztwahl, bessere Diensträume, Bade- und Waschgelegenheiten, Schwerarbeitserzulagen, die nicht bloß auf dem Papier ständen. Auch stellte er den Antrag, daß jeder Beamte und Unterbeamte mindestens zwei ganz freie Tage im Monat haben sollte. — Fräulein Haberland von Stuttgart, welche sich vor allem an die weiblichen Zuhörer wandte, suchte klar zu legen, welches wichtiges Geschenk die Revolution den Frauen mit dem Stimmrecht in den Schoß geworfen hat. Sehr stark betonte sie aber auch, wie unvorbereitet dieses Recht und seine Pflichten die Frauen treffen. Alle Anwesenden forderte sie auf, sich politische Schutlung anzueignen, den Weg, sich ein Urteil in der Politik zu bilden, zeigte sie klar u. deutlich: Organisation, Besuch politischer Versammlungen, Lesen volkstümlicher einschlagender Schriften. Welche Bedeutung das Frauenstimmrecht für das Volkswohl hat, läßt sich erst erfassen, wenn man Worte wie: Mutterschutz, Wohnungsreform, Säuglings- und Jugendpflege ins Auge faßt. Auch wird man keinen Widerspruch begegnen, wenn man fordert, daß man bei der gegenwärtigen Ernährungsschwierigkeiten die Frauen, vor allem die Hausfrauen hören soll. Fräulein Haberland schloß ihr Referat mit den Worten: Sorgen Sie alle dafür, daß sich der Aufbau des neuen Deutschlands in einer Weise vollzieht, daß wir darin als Bürger, wie als Staatsbeamte unseres Lebens froh werden können. Herr Bahnpostsekretär Lorek von Brötzingen dankte im Namen der Versammlung für

bloß auf ein Mittel bedacht zu sein, daß ihm den Rückzug bedie. Und dies glaubte er gefunden zu haben.

Er steckte die Schreibschlampe an und begann zu schreiben.

Erst lange nach Mitternacht hatte er die beiden Schriftstücke beendet. Mit aller Sorgfalt machte er davon in sein zusammenrollbares Notizbuch einen Abzug, bedeckte jeden der Briefe in einem besonderen Umschlag und drückte fünf Siegel darauf.

Lagen diese Briefe erst an Ort und Stelle verwahrt, dann war er wohl vor jeder Ueberrückung sicher.

Befriedigt und beruhigt legte er sich schlafen.

11. Kapitel. Gewitterwolken.

Der Zeitungskönig und seine schöne Tochter nahmen den Rokka wie gewöhnlich nach dem Lunch im Rauchsinner. Sie waren allein und saßen einander gegenüber. Eine Weile blühte der alte Herr den bläulichen Rauchring nach, die vom Ende seiner Havana aufstiegen, dann fragte er:

— Findest du es nicht sonderbar, daß dieser Kant'n nun seit gut zwei Wochen nichts mehr hat von sich hören lassen? In unserm Diner neulich schrieb er ab und heute entschuldigt er sich abermals. Ich kann mir gar nicht denken. Sollten wir ihn verlegt haben? Oder sollte er einen Bink von seiner vorgelegten Behörde bekommen haben, unser Haus zu meiden? Ich bin ja allerdings „persona ingratis" bei den Herren der Regierung geworden. — Wann hast du ihn zum letzten Male gesehen, mein Kind?
— In dem Tage, an dem er seinen Abschiedsbefehl machte, als er nach Hampstead zog.
— In der Tat? — Da habe ich ihn ja noch später getroffen.
Lady Edith war sehr erstaunt.

(Fortsetzung folgt.)

die Ausführungen, regte noch allerlei gute Gedanken an und rief zur Diskussion auf. Herr Bahmelter Hägler, ebenfalls von Brötzingen, sprach in denselben sehr markige Worte und legte vor allem Wert darauf, daß der Gedanke des Kleinbauers bei den Beamtenwünschen nicht übersehen werden dürfe. Die Reden der Verkörperungen werden in den Dienststunden darauf angepaßt, daß sie zu Hause Ruhe finden müssen, um sich zu erholen. Das ist aber in den Mietkasernen ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Kaufmann, Stuttgart sahte mehr die politische Lage zusammen und gab ein Bild über die Stellungnahme der jetzigen Parteien zu derselben. Zuletzt wurde eine Resolution gefaßt die den Wünschen und der guten Gesinnung der Versammlung Ausdruck gab.

Tübingen. In der Nacht vom (Sonntag) 1. auf (Montag) 2. Dezember wurde, wie bereits kurz berichtet, zwischen Ehningen O.A. Börsingen und Hildburghausen O.A. Herrenberg auf Markung Hildburghausen der in Hildburghausen wohnhafte, 57 Jahre alte, verheiratete Hildhäuser Friedrich Ruck, der mit dem letzten, verspätet um 1 Uhr eingetroffenen Bahzug aus Stuttgart in Ehningen angekommen, von dort auf der Straße Hildburghausen zuzug, von unbekannter Hand durch zahlreiche, wuchtige, mit einem scharfen Instrument gegen seine rechte Kopf-, Gesicht- und Halsgasse geführten Hiebe getötet. Zur Tat benützt wurde augenscheinlich eine am Totort gefundene große Holzgabel, deren Eigentümer noch nicht ermittelt ist. Außerdem wurde am Totort gefunden ein nicht dem Ruck gehöriges geschlossenes Taschenmesser, deren Eigentümer ebenfalls bis jetzt unbekannt ist. In den Taschen des Toten fanden sich außer sonstigen ihm gehörenden Gegenständen sein Geldbeutel mit 28 M 77 Pf. Barzahl; dagegen fehlte eine braune Ledermappe (Briefschloß), mit einem größeren, angeblich auf mehrere hundert Mark sich belaufenden Gelddbetrag und die Uhr und die Kette des Ruck. Um Fahndung nach dem Täter, der ohne Zweifel starke Blutspuren, möglicherweise beim Kampfe mit seinem Opfer auch Verletzungen davongetragen hat, ersucht die hiesige Staatsanwaltschaft, Herrenberg. Auf den Innungsversammlungen der Schuhmachermeister des Bezirkes führte der Ortsmeister aus, daß nach amtlicher Mitteilung der Landespolizei in nächster Zeit nicht so rasch behoben werde; er erwähnte die Kollegen, die Ruckschloß darüber nicht im unklaren zu lassen.

Bekanntmachung des Württ. Kriegsministeriums
Nr. 6100 K. 18. A. 3.

An die Soldatenräte Württembergs!

Ueber die Zurückführung des Frontheeres sind im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen allgemein gültige Bestimmungen ergangen, die ein eigenmächtiges Vorgehen örtlicher Soldatenräte nicht rechtfertigen. Die geordnete Durchführung dieser wohlbekanntenen Anordnungen machen es vielmehr den Soldaten zur Pflicht, nur nach dem vom Kriegsministerium über dem stellvertretenden Generalkommando für die Rückführung und Demobilisierung im diesseitigen Bezirk erlassenen Anordnungen mitzuwirken und zu handeln. Eigenmächtige Eingriffe in den Gang der Rückführung können erstens Schädigungen des Wirtschaftsebens nach sich ziehen, auch Vermirrung stiften und zu Ungelegenheiten führen. Im Interesse des Gemeinwohles ist es daher unerlässlich, daß die Soldatenräte in Demobilisierungsangelegenheiten nicht eigenmächtig vorgehen, sondern sich zuvor mit dem stellvertretenden Generalkommando oder der die Demobilisierung im Korpsbereich leitenden oberen Stelle ins Benehmen setzen.

Stuttgart, den 6. Dez. 1918.
Der Leiter des Kriegswesens
(v. a.) Fischer.

Stadtgemeinde Nagold.

Dieserjenige Einwohner von Nagold, welche

Christbaum
aus dem Stadtwald bezogen wollen, werden aufgefordert, ihren Bedarf rechtzeitig bis

14. Dezember in der Zeit von 2—4 Uhr nachmittags im Wartezimmer der Stadtpflege anzumelden. Dabei ist die gewünschte Holzart (ob Kottanne oder Weißtanne) und Größe genau anzugeben. Wird Lieferung ins Haus gewünscht, so ist dies besonders zu bemerken.

1 Paar schöne, jüngere Zugstiere
verkauft am Donnerstag
Jakob Walz, Nagold.

Gefunden
ein Gelbbentel
mit Geld und einer Fleischmarke. Abzuholen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Zwei schöne belgische
Niejenhasen
werden verkauft
Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Beste Nachrichten.

Keine Sowjetvertreter!

Berlin, 10. Dez. Den Vertretern der russischen Sowjetregierung, die an der Zentralversammlung der A- und S.-Räte Deutschlands am 16. Dez. teilnehmen wollen, ist die Einreise untersagt worden, so meldet die „Vossische Zeitung“. Dieser Beschluß, sagt die „Berliner Morgenpost“, ist mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse selbstverständlich. Wir sind auch überzeugt, daß die Mehrheit des am 16. Dezember zusammentretenden Kongresses der A- und S.-Räte die Haltung der Regierung billigen wird.

Paris fordert auch.

Zürich, 10. Dez. Drahtb. Die Stadt Paris fordert von Deutschland 2 Milliarden Entschädigung für die Feindbeschädigung.

Die Auflösung der Krieger- und Soldatenräte bevorstehend.

Köln, 11. Dez. Drahtb. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, bekräftigt es sich, daß die Entente die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern will. Die Bekanntmachung der Note steht unmittelbar bevor. Der bayerische Gesandte in der Schweiz habe bereits eine entsprechende Erklärung der Verbandsvertreter erhalten.

Insulate haben besten Erfolg!

Für die Schmelzung von Mineralen, Sand, Gips, Kalk, Gips u. dgl. bei 600 bis 800 Grad Celsius. (Nach Kaiser'schem Verfahren)

Amtliches.

Gberamt Nagold.

Verhütung von Brandschäden.

Unter Hinweis auf den Erlass des Verwaltungsrats der Gebäudebrandversicherungsanstalt vom 6. Juni 1917 (Amtsbl. S. 141) werden folgende Vorschriften eingeschärft:
1. Rauchhölzer und andere feuergefährliche Gegenstände und Stoffe sind so sicher aufzubewahren, daß Kinder keinen Mißbrauch damit treiben können (zu vergl. auch §§ 1 und 3 der Feuerpolizeiordnung vom 4. September 1912, Reg.-Bl. S. 592).

Nagold.

Die abgehörte
Rechnung der ev. Kirchengemeinde 1915 u. 16
liegt von heute an 8 Tage zur Einsicht der Kirchengemeindemitglieder auf dem Rathaus auf.
10. Dez. 1918.

Nagold.

Zu vermieten
im Färber Koch'schen Hause in der Schmiedgasse eine Familien-Wohnung, auch für 1 Bl. Fam. u. 1 Einzelperson geeignet, durch
Stadtpflege.

Nagold, 10. 12. 1918.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des herben Verlustes unseres lieben Kindes u. Schwesterleins
Martha
für die tröstlichen Worte des Herrn Dekan Pfeiffer, die schönen Kranz- und Blumenspenden, sowie für die zahlreiche Leichenbegleitung u. den erhabenen Gesang sprechen wir unseren innigsten Dank aus.
Willy Metz mit Frau und Geschwistern.

20000 Meter Drahtgeflecht,
vierseitig,
sofort lieferbar, abzugeben.
Ehr. Pfeiffer,
Maschinenfabrik,
Pforzheim,
Durlacherstr. 22.
Aufklebadressen
bei G. W. Jaifer, Nagold.

Nagold.

Zu mieten gesucht
größeres Zimmer
zum Aufbewahren von Möbeln (auf ca. 1 Jahr).
Angebote unter F. M. an die Geschäftsstelle d. Blts. abzugeben.

Tinten aller Art,
G. M. Jaifer, Nagold.

2. Arbeiten an elektrischen Einrichtungen dürfen nur durch Sachverständige vorgenommen werden.
Dringend empfohlen wird, daß die Gemeinden alle elektrische Anlagen in regelmäßigen Zeitabständen durch Sachverständige untersuchen lassen, sowie daß sich die Gemeinden und die Elektrizitätswerke einen Vorrat von Sicherungen und dergl. anlegen, damit im Notfall der Bedarf der Stromverbraucher gedeckt werden kann.

3. Das Auflauern eingetrockener Wasserleitungen und Abortschläuche darf mittels Feuer nur geschehen, nachdem die Gebäudeeigentümer und die mit der Arbeit beauftragten Personen sich vorher davon überzeugt haben, daß Decke u. Wände des Raums, worin sich die aufzulauende Leitung befindet, vollständig dicht sind und daß nicht auf benachbarten Böden oder in anstoßenden Schenkeln und Räumen leicht brennbare Stoffe lagern, die in Brand gefetzt werden können. Außerdem muß für alle Fälle Wasser zum Löschen eines etwa entstehenden Brandes in genügender Menge und am richtigen Ort bereit gestellt werden.
Das Auflauern kann gefahrlos durch Anlegen von in heltem Wasser gelauteten Tüchern geschehen.

4. Benzol und ähnliche Erweichungsmittel für Benzin dürfen nur wenig und nur außerhalb von Gebäuden durch Einstellen der Gefäße in warmes Wasser, entfernt von Feuerungen, erwärmt werden, sofern nicht etwa besonders zu diesem Zweck hergestellte und genehmigte Räume benützt werden.

5. Das Erwärmen und Sieden von Öl, Fett, Lack, Firnis, Bodenwachs, Wachs und dergl. muß entweder im Freien, entfernt von Gebäuden und feuerfängenden Gegenständen, oder im Wasserbad unter ständiger Aufsicht bei geschlossener Feuerung und in Räumen vorgenommen werden, deren Böden, Decken und Wände mindestens nach § 4 der Ministerialverordnung über Feuerungsanrichtungen vom 22. Januar 1911 verwahrt sind und deren Ab- u. Fensteröffnungen, wenn sie in feuergefährlich benützte Räume führen, dichte Beschlässe haben. In feuerfest hergestellten Gefäßen dürfen die erwähnte Veranrichtungen auch ohne Wasserbad vorgenommen werden (vergl. § 14 der Feuerpolizeiordnung vom 4. Sept. 1912, Reg.-Bl. S. 592).

Die Uebertretung dieser Vorschriften zieht im Brandfall nach Artikel 32 Abs. 2 des Gebäudebrandversicherungs-gesetzes den Verlust jeder Brandentschädigung nach sich.
Den 6. Dez. 1918. Reg.-Rat Kommerell.

Verkaufe am Donnerstag den 12. d.

im „Schwarzen Adler“ circa 20 zum erstenmal trüchtige, hautreine

Schafe.
Dieselben können bis zur Einwinterung auf meiner Weide laufen.
Mezger Gänze, Nagold.
Telephon 31.

Oberschwandorf.
Verkaufe einen starken Zugochsen,
sowie einen 3/4-jährigen **Stier.**
Fr. Schumacher.

Pianino
zu mieten gesucht.
Wer sagt die Geschäftsstelle.

Sohlen- und Abfahnnägel
sind wieder eingetroffen.
Edhansen, Aug. Reßler.
Edhausen.

Kalender
empfiehlt
G. M. Jaifer, Städtl. Nagold.

Wolfshunde
empfiehlt
Nagold.
Zunze

Ruß- u. Schaftuh
mit dem 7. Kalb
verkauft Donnerstag mit-
tag 1 Uhr
Konrad Ranfer.

Das Viehstreu-Umlage-Verzeichnis
ist vom 10. bis 17. Dezember 1918

auf dem Rathaus zur Einsichtnahme durch die Tierbesitzer
aufgelegt.

Innerhalb dieser Frist können von den Beteiligten
Einwendungen beim Stadtsch.-Amt erhoben werden.

Nagold, den 9. Dezember 1918.

Stadtsch.-Amt: Rier.

Nagold.

Geschäfts-Eröffnung.

Gelbe hiermit meine weitere Kundenschaft die
Wiedereröffnung meiner Bäckerei
zur Kenntnis.

Empfehle mich herzlich auch im Saften von
Kundenbrot.

Chr. Stottele, Bäcker.

Rübenschneider

in versch. Ausführungen, auch
einige gebrauchte,

Kartoffelquetschen,

Decimalwagen

empfehlen

Gebrüder Dürr, Rohrdorf.

Passende Geschenke

für

Weihnachten

finden Sie in allen Preislagen und
Geschmacksrichtungen in der

**Buch-, Kunst-, Musikalien-
u. Schreibwaren-Handlung**

(gegr. 1826)

G. W. Zaiser, Nagold

Fernspr. 29.

Wohnung

von 3-5 Zimmern auf 1. Januar zu
mieten gesucht. Angebote an

Prof. Dr. Wagner

abzugeben bei der Geschäftsstelle d. Bl.

2 evtl. 3 möblierte

Zimmer,

davon 1 als Büro geeignet,

auf 1. Jan. 1919 von Herrn gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl.

Aus dem Felde zurück

habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.
Suche versch. größere und kleinere

Hofgüter sowie Geschäfte

jeder Art.

Habe versch. größere und kleinere Posten
gegen gute Hypotheken Sicherheit auszugeben.

Adolf Mayer, Immobilien u. Hypotheken, Reutlingen

Gartenstraße 9. - Telefon Nr. 585.

Nagold.

Damen-Blusen

schwarz und farbig, in Seide und Wolle

in schöner Auswahl bei

Christian Schwarz

Bahnhofstraße.

**Verzinkte Eimer
und Jauchenschöpfer
Laternen
Kehrschaufeln
Betflaschen
Waschschüsseln
Ess- u. Kinderlöffel
Gemüse- u. Schöpflöffel**
sind eingetroffen bei
Carl Bertsch,
Nagold.

Nächsten Donnerstag
den 12. ds. Mts. von vorm.
9 Uhr an findet auf Ver-
anlassung der Handwerks-
kammer Reutlingen im
Lindenhofsaal in Horb

ein allgemeiner

Mittelstandstag

statt, zu deren Besuch unsere
Mitglieder insbesondere auch
Kriegsteilnehmer eingeladen
sind.

Nagold, 10. 12. 18.

Gewerbeverein.

Aufruf.

Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus
schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung.
In Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller
Dinge.

Dieses ist jetztämmer, was uns heilig und teuer ist.
Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nach-
trauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau
des deutschen Staats und Volkes mitzuwirken und dem
neuen Deutschland neue Form und neuen Lebensinhalt zu
geben.

Über unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung
entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für
die Wahl ist volle Freiheit zu bewahren. Wir sind bereit
und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzu-
arbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede
Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse verwahren wir
uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot
und Frieden.

Staat und Gesetz, ausgeübt mit fester Autorität,
getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren
schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend
machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohl-
fahrt zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr
als bisher der Mensch als freie Persönlichkeit stehen. Ein
lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken
Stützen des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und
deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum
erfüllen.

Zur Durchführung dieser Grundsätze bei der Gestaltung
des neuen Deutschlands erstreben wir Unterzeichneten den
Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und
Frauen sowie aller gleichstimmigen Parteien und Partei-
richtungen zu

einer neuen Partei,

für die wir den Namen

Deutschnationale Volkspartei

vorschlagen.

Um die Wunden zu heilen, die der Krieg unserm
schwer geprüften Vaterlande geschlagen hat, und um Recht
und Ordnung wiederherzustellen, sind wir bereit, mit allen
Parteien zusammen zu arbeiten, die denselben Ziel erstreben.
So muß es gelingen, unser Volk aus dem Jammer dieser
Lage herauszuführen und kommenden Geschlechtern eine
bessere Zukunft zu sichern.

Für das schaffende Parteiprogramm schlagen wir als
Hauptpunkte folgende

Richtlinien

sind:

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum,
das seine Einheit, Festheit und Selbständigkeit gegen
äußere Mächte zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig
hält von fremden Einflüssen.

2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer
einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Einzel-
nissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Mei-
nungäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der
Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Das Privat-

Berlin, am 22. November 1918.

Justizrat Dr. Baumert, Spandau. Becker, Landgerichtsdirektor, Berlin. Margarete Behm, Verbandsvorsitzende, Zehlendorf. Franz Behrens, M. d. R., Berlin. Frelmann v. Biffing, Berlin. v. Böhlendorf-Röppin, M. d. R. u. A., Reggow. Böttcher, Kaufmann, Berlin. Böhig, M. d. R., Dr. Bredt, M. d. R., Marburg. v. Delbrück, Staatsminister, Berlin. v. Dewitz-Oldenburg, M. o. A., Berlin. Dietrich, M. d. R. u. A., Bregenz. Hermann Dunkel, Verbandsdirektor, Berlin. Ebersbach, Eisenbahn-Unteraufseher, Berlin. Frh. v. Falkenhäusen, Unterstaatssekretär, D., Berlin. Carl Fack, Ingenieur, Berlin. Franke, Kammermeister, Reich. Geh. Regierungsrat Goerdeker, M. d. R., Marienwerder. v. Götter, M. d. R. u. A., Schülz. Graf, M. d. R., Aulam. v. Halem, M. d. R., Schwab. Frau v. Hanekefeld, Vorsitzende der kirchlich-sozialen Frauengruppe, Berlin. Hennigsen, Generalsekretär, Hamburg. Hoffmann, Stadtrat, Schneidmühl. Dr. Ulrich Kahlstedt, v. Kardorff, M. d. R., Ufa. Dr. Ing. R. Klotz, Professor an der Technischen Hochschule, Berlin. v. Kries, M. d. R., Berlin. Kruschke, Kantor, Driesen Am. Martin (Delz), M. d. R. u. A., Delz. Otto Graf Nolke, M. d. R., Berlin. Müller, Tetschendorf (Briegnitz). Pastor D. Philipp, Charlottenburg. Brückmann, Stadtverordneter, Neuwedel. Amtsrat Nehren, M. d. R., Hamel Springs. Otto Nippel, Stadtverordneter und Verlagsbuchhändler, Hagen i. W. Paul Nasser, Generalsekretär, Berlin. Schiele, M. d. R., Dr. Georg Wilhelm Schiele, Raumburg. Schäfer, Landgerichtsrat, Ufa. Graf v. d. Schulenburg, Grünthal. Thüner, Verbandsvorsitzender, Berlin. Dr. Wagner, M. d. R., Breslau. Walbaum, M. d. R., Berlin. Warthmann, Verlagsbuchhändler, Berlin. Werner (Hessfeld), M. d. R., Berlin. v. Winterfeld-Renklin, M. d. R., Margarete Wolf, Zehlendorf. Kurt Wolf, Fabrikdirektor, Berlin-Südende.

